

und links, die Arbeiter hauptsächlich in das Lager der SPD.

Aber warum kommen die Massen nicht gerade jetzt zur Sozialdemokratie, der Partei, die schon seit Jahrzehnten den Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaft führte? Bei dem gehäuften Unfuss, den die Kommunisten Tag für Tag liefern, fehlt es uns nicht an guten Gründen, um zu zeigen, daß durch das Treiben der KPD, die Not der Massen nicht gelindert, daß sie höchstens verschlimmert werden kann. Aber viele Menschen sind heute aufs höchste verzweifelt und befinden sich deshalb in einem solchen Geisteszustand, daß man bei ihnen auch mit den besten Gründen nichts ausrichten kann. Sie können und wollen nicht mehr denken. Sie überlegen sich deshalb auch nicht mehr, ob sie mit ihrem Verhalten sich und ihren Klassenossen irgendwelchen Nutzen bringen können, sondern sie wollen nur ihrer Empörung und ihrer Verzweiflung in einer ihnen möglichst nachdrücklich erscheinenden Weise Ausdruck geben. Wägen das Geschimpfe und die Verleumdungen der Thälmann-Leute auch noch so sinnlos sein, sie befriedigen ein seelisches Bedürfnis, das bei durch jahrelange Not aufs tiefste erschütterten Menschen nun einmal vorhanden ist. Und hier können wir beim Wettbewerb mit der KPD, nicht mit, mögen wir auch noch so scharfe Kritik an dem Treiben der Regierung und an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung üben. Unsere Agitation wird sich doch immer in erster Reihe an den Verstand der Menschen wenden müssen, und viele verbandsmäßige Erregungen sind heute für viele Menschen nicht mehr ausfallgebend.

Über die politische Taktik der Partei hat es in unseren Reihen stets große Meinungsverschiedenheiten gegeben. Niemand kann mit Sicherheit sagen, ob bei einer anderen politischen Taktik in der Vergangenheit bei gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen das Wahlergebnis sehr viel anders ausfallen würde als heute. Die Frage ist allerdings, ob wir nicht heute Fehler zu büßen haben, die die sozialdemokratischen Parteien in früheren Jahren begingen. Wir

denken da insbesondere an die Aufnahme, die die Wirtschaft, Planwirtschaftsvorschläge in den Jahren 1919/20 fanden. Bissiges Planwirtschaftsprogramm wurde von beiden sozialdemokratischen Parteien, sowohl von der Mehrheitspartei wie von der damaligen USPD, entschieden abgelehnt. Denn die Sozialdemokratie seit jener Zeit schon den Kampf für die Planwirtschaft in den Vordergrund ihrer politischen Tätigkeit gestellt hätte, so wäre es doch vielleicht möglich gewesen, Maßnahmen durchzuführen, durch die hätte verhindert werden können, daß Krise und Arbeitslosigkeit ein so ungeheures Ausmaß erreichten. Allerdings hätten es uns unsere Gegner rechts und links sehr schwer, wahrscheinlich unmöglich gemacht, planwirtschaftliche Gedanken durchzuführen.

Ein für uns ungünstiger Umstand ist zweifellos die Tatsache, daß auch in den Reihen des Proletariats zu wenig Klarheit über die Ursachen der Krise und der Arbeitslosigkeit besteht. Vielmehr hebt man auch in der Arbeiterklasse nicht genügend ein, daß die Not von heute nicht in erster Reihe die Folge irgendwelcher Fehler von Regierungen, Politikern und Parteien ist, sondern daß sie vor allem in den Mängeln der planlosen kapitalistischen Wirtschaft ihre Ursache hat. Wir haben in den Anträgen, die dem vorigen Reichstag vorgelegt wurden, ein Sozialisierungsprogramm aufgestellt, aber dieses Programm ist nicht in dem Maße, wie das notwendig gewesen wäre, von der Partei in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt worden. Durch eine stärkere Betonung unserer Sozialisierungsforderungen hätten wir nicht nur den Massen ein großes und bedeutsames Kampfbild zeigen können, wir hätten dann auch am besten die Möglichkeit mit Aussicht auf Erfolg gehabt, uns gegen die gefährlichen Angriffe der KPD, zu wehren.

Für die Zukunft der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland wird es von der größten Bedeutung sein, wie sich die Verhältnisse in der Wirtschaft und auf dem Arbeits-

markt gestalten. Wirtschaft ist Schicksal. Das gilt für die Sozialdemokratie. Augenblicklich machen sich vorläufig noch sehr geringe Anzeichen bemerkbar, die es als möglich erscheinen lassen, daß es in der Wirtschaft wieder etwas besser wird. Aber wir sind wahrscheinlich noch weit von dem Zeitpunkt entfernt, an dem wir sagen können, daß wir auf dem Wege zu einer besseren Konjunktur sind.

Die Sozialdemokratie kann überhaupt nicht darauf vertrauen, daß der Selbstheilungsmechanismus der kapitalistischen Wirtschaft die Not des arbeitenden Volkes lindert. Wenn nicht alles täuscht, wird auch bei einer Konjunkturbesserung ein großes Arbeitslosensheer überbleiben, vielleicht 2, vielleicht 3 Millionen erwerbslose Menschen. Und wir müssen damit rechnen, daß auch in Zukunft eine starke industrielle Reservearmee unsere Kampfkraft nur allzusehr schwächen kann. Deshalb werden wir uns mit der größten Energie mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung beschäftigen müssen. Was bisher von Partei und Gewerkschaften vorgeschlagen ist, genügt nicht. Selbst wenn all die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung durchgeführt werden, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im vorigen Reichstage vorschlug, würde dadurch im besten Falle nur einigen hunderttausend Arbeitern Lohn und Brot beschafft werden können.

Vor allem aber werden wir in den kommenden Jahren bei unserer ganzen Vorbereitung und bei unseren Forderungen immer wieder in den Vordergrund stellen müssen, daß es sich bei unserem Kampf nicht nur um die Befreiung und dieser oder jener Minderheiten handelt, daß es nicht nur darum geht, ob wir hier oder dort für die Arbeiterklasse etwas herauszuholen können, sondern daß unser Ziel der Sozialismus ist, daß wir die Wirtschaft vollkommen umgestalten wollen und daß wir in dem Kampf um den Umbau der Wirtschaft schon mitten drin stehen. So wird es an ehesten gelingen, diejenigen Proletarier, die sich trotz der Unmöglichkeit der kommunistischen Politik von den Jungern Thälmann betören ließen, oder die gar hinter den Dämonenführer des Massenführers von Braunau herliefen, unter unserem Banner zu sammeln. Was Sache.

Japans Raub und der Völkerbund

Der Abwehrkampf Chinas vor dem Rat - Verschärfung der Gegenläufe

T. Genf, 21. November. (Eig. Drahtb.)

Der Völkerbundsrat begann am Montag mit der Beratung des Mandchurenrechts der Lütton-Kommission. Von China ist Außenminister Wellington Koo anwesend. Japan hat den früheren Präsidenten der japanisch-sowjetischen Eisenbahn, Naikawa, entsandt. Die außerordentliche Bedeutung der Tagung wird unterstrichen durch die Anwesenheit der Außenminister von England, Deutschland, Tschechoslowakei sowie der Ständigen Delegierten der übrigen Mächte, unter ihnen Paul Boncour für Frankreich und Kuffel für die Sowjetunion.

Die Sitzung wurde von de Sclera eröffnet, der an die Einleitung der Lütton-Kommission durch Ratsschluß am 10. Dezember 1931 erinnert; der Kommission habe und feststelle, daß der Bericht eine feste Richtlinie für Entscheidungen in dieser schwierigen Frage liefe.

Japan besteht auf der Mandchurei!

Die Aussprache über den Bericht wurde eröffnet von Naikawa, Japan: Der Bericht stelle eine wertvolle Schilderung der Ereignisse dar und enthalte ganze Kapitel, mit denen Japan völlig übereinstimme. Inzwischen entsprächen viele seiner Schlussfolgerungen nicht dem, was ein längeres Studium aufgezeigt hätte. Die Lage Chinas sei zu vertrauensvoll geschildert. Durch die ewigen Bürgerkriege der Generale habe sie sich in den letzten zehn Jahren immer wieder verschlechtert und sei eine Bedrohung für Japan geworden. Die Gefahr des Kommunismus sei sehr nahegerückt. China sei kein organisierter Staat. In der Mandchurei habe sich die Fremdenfeindschaft nur gegen Japan gemeldet, das zu lange geduldet gewesen sei. Japan bestreite die Auffassung des Berichts, daß die Mandchurei ein „unentrennbarer Bestandteil“ Chinas gewesen sei. Nur der Wille ihrer Diktatoren habe sie mit einer oder der anderen chinesischen Regierung gelegentlich verbunden. Die Errichtung des Mandchurenstaates sei die einzig mögliche Lösung. Siehe man eine andere Lösung in Betracht, so müßte die gesamte Lage im Fernen Osten schwereren Zittern ausgesetzt werden. Japan könne daher eine andere Lösung überhaupt nicht in Betracht ziehen.

China fordert Abzug der Japaner

Der chinesische Außenminister Wellington Koo führte aus: Chinas Volk und Regierung hätten den Bericht anerkannt.

China sei kein unorganisiertes Land. Es sei nur in den Schwierigkeiten des Übergangs zu einem modernen Staat. Japan habe die Einigungsbestrebungen in China immer wieder gewaltsam gestört, und zwar aus Angst, ein geeinigtes China nicht mehr unterwerfen zu können. Der Vorstoß japanischer Waren sei eine natürliche Reaktion und eine legitime Verteidigung des chinesischen Volkes gegen den flagranten Angriff Japans.

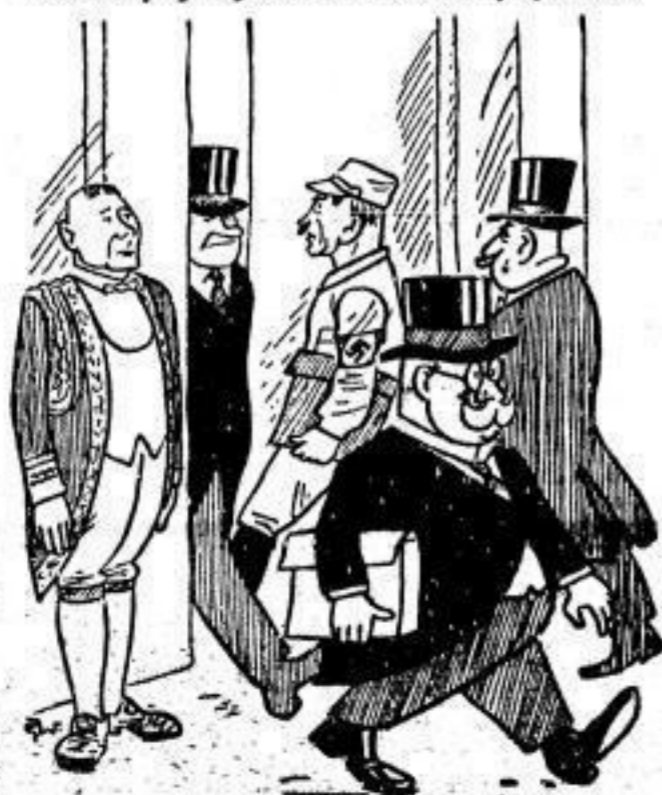
Zur Lösung des Mandchurenrechts selbst erklärte der chinesische Außenminister, daß sie in der außerordentlichen Völkerbundversammlung erfolgen müsse, während Japan bisher immer noch geduldet habe, mit dem Rat allein durch Verhandlung der Einigungsfrage fertig zu werden. China werde seine Vorschläge später machen. Japanische berufe es sich auf das oberste Prinzip, das dem Völkerbund zugrunde liegt: die

„Jede Lösung muß den Bestimmungen des Völkerbundes, des Kellogg-Pattes und des Neunmächtevertrags entsprechen.“

Darüber hinaus stelle China folgende weitere Prinzipien für die Lösung auf: 1. Man dürfe den Angriff nicht belohnen. Deshalb könne man von China nicht verlangen, daß es auf Rechte verzichte, die es vor diesem Angriff besessen habe. 2. Ein Staat, der durch Verträge gegen einen Angriff von außen geschützt sei, müsse das Recht auf Wiederherstellung der Schäden haben. China behalte sich vor, bei der Regelung die nötigen Reparationen zu verlangen. 3. Die Entscheidungen von Rat und Völkerbund bleiben in Kraft. Daher bilde die auch von Japan übernommene Zurückziehung der Truppen eine unerlässliche Voraussetzung für eine Regelung von Dauer. Die Gerechtigkeit verlange, daß keine Regelung distanzieren werde, ohne daß die Notwendigkeit anerkannt sei, bevor dem Druck der militärischen Befehle und dem Druck der durch Gewalt geschaffenen vollenetzten Tatsachen ein Ende zu bereiten.

Angeichts der unerbittlichen Schärfe, mit der die Standpunkte der Parteien einander gegenüberstehen, magte keine Klärung am Montag irgendeine Neuerung. Der Präsident vertagte die Diskussion auf Mittwoch.

Grundsätzlich neue Staatsführung



Die parlamentarischen Kampfmittel sind, wie man sieht, längst erschöpft.

Eine nationalsozialistische Oppositionspartei

M. Hannover, 21. November. (Eig. Dr.) Die nationalsozialistischen Oppositionsgruppen aus Berlin, Düsseldorf, Gumburg, Braunschweig, Mitteldeutschland, Sachsen und Schlesien schlossen sich in Hannover zu einer Partei zusammen. Hitler und seiner Partei wurden während der Besprechungen eine ganze Reihe von Freundschaften gewidmet. U. a. wurde behauptet, daß Hitler seinen Ruhm nicht verabschieden könne, weil er zu Röhren in einem Herrschaftsverhältnisse liege.

Der neuen Partei, die alle oppositionellen NS-Gruppen umfaßt, wurde der Name „Deutsch-Sozialistische Partei“ gegeben.

Die Leitung dieser Partei liegt in den Händen eines Hauptauschusses, der sich aus Wilhelm Klute, Berlin, Geheimrat Böhmer, Berlin, Landtagsabgeordneter Fischer, Gießen, und Arno Franke, Dresden, zusammensetzt.

Wie lange war Hitler im Schützengraben? Das war das Thema, das dem Schriftleiter der sozialdemokratischen Schwäbischen Volkszeitung in Augsburg in einem Leitungsprospekt gegen den Schriftleiter des Augsburger Nachrichtenblattes gestellt war. Entgegen der vom Bauernhaus in München und von dem Postboten in Stuttgart verbreiteten Mär, Hitler sei stets im vordersten Graben gewesen, wurde vor Gericht von einem Regimentskameraden des Oberstabs zitiert, daß Hitler nur ganze 16 Tage in der vordersten Linie gewesen ist. Danach kam er zurück in den Druckposten einer Regimentsabteilung und blieb es. Auf Grund dieser Behauptung wurde der bekannte Regimentsleiter wegen Verleumdung des nationalsozialistischen Schriftleiters Hans Kamm an

Nazigefindel spielt Polizei

N. Oldenburg, 21. November. (Eig. Drahtb.) Welches Gefindel im Paradies Oldenburg von der Naziregierung als Hilfspolizei eingestellt worden ist, bemies eine Verhandlung vor dem Landesschiedsgericht in Oldenburg.

In Rüstingen hatte der in Uniform befindliche Obermatrose Tegethoff von der Reichsmarine das Recht, in der Dunkelheit eine Schwärze anzustehen. Der Matrose wollte dem Besitzer des Schwärzes ersuchen. Inzwischen waren aber zwei Schutzpolizisten erschienen, die sofort mit dem Gummiknüppel auf den Marinebesitzer losgingen. Er flüchtete, wurde eingeholt, zu Boden geschlagen und „bearbeitet“. Nach auf dem Polizeirevier saßen die „Ordnungspolizisten“ ihre Wühlarbeiten fort, so daß der Oberarzt der Reichsmarine in seinem Gutachten feststellte: Der Matrose müsse „wie ein Stück Vieh“ behandelt worden sein. Nach sechs Wochen später war das Auge des Soldaten blutunterlaufen. Obenrein erfolgte gegen ihn eine Strafverurteilung der geschäftlichen Polizeimethoden sprach das Gericht den Matrosen frei. Die Arbeiterschaft von Wilhelmshaven und Rüstingen kennt aus eigener Erfahrung wohl alle ähnlichen Fälle von Wühlarbeiten und Provokationen durch die „Hilfspolizei“.

Der Ofal theont im Luzushotel - keine Landstrecke verdrängen Gewalttaten

D. Berlin, 22. November. (Eig. Funkb.) In Berlin überfielen am Montag nachmittag an der Friedrichs- Ecke Leipziger Straße mehrere Nationalsozialisten, die am Luzushotel hielten, einen 27jährigen Journalisten, der die Reichsbannerzeitung und sozialdemokratische Blätter verkaufte. Der Reichsbannermann wurde niedergeschlagen. Er erlitt schwere Verletzungen am Kopf. Als die Polizei erschien, flüchteten die Nats. Sie konnten in der verkehrsreichen Leipziger Straße entkommen.

Trotsky. Der von Stalin ausgewiesene Führer der bolschewistischen Revolution, Trotsky, muß hanteln durch die Landstrassen. Am Montag sollte er an Bord des italienischen Dampfers „Praga“, aus der Türkei kommend, in Marseille einsteigen, von wo er nach Kopenhagen reist. Am Kopenhagener Kai der Landung zu vermeiden, wurde er auf hoher See von einem Motorboot der Sicherheitspolizei an Bord genommen und an einer entlegenen Stelle der Meeresküste an Land gesetzt. Dort stand ein Polizeigewalt, das Trotsky nach Kopenhagen reiste, wo er den Zug des sozialistisch regierten Dänemarks will der von den Bolschewisten ausgestoßene ein Asyl finden.

Jeseph Felder beurteilt. Er muß 60 R. Strafe bezahlen, die Kosten tragen und das Urteil auf seine Kosten veröffentlichen lassen.

Die Führer. Die meissenburgische SA-Führerschule in Bad Zuer ist aufgelassen. Die SA-Leute hatten dagegen aufgelegt, daß ihre Führer besserer Essen als bekommen. Als daraufhin zwei SA-Leute wegen Mißhandlung eingesperrt werden sollten, erklärte sich die übrige SA als diesen solidarisch. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen. Die SA-Leute beschuldigen fast alle Führer der Schule mit einem Teil der Mobilis der Führerschule. Die Schule mußte geschlossen werden.

Die Autoritären

Leute, da, schaut her: Wir sind autoritär! Wir sind die allein unfehlbare Stelle. Alles ist duster, nur wir sind hell. Niemand soll gegen uns sich vermessend. Wir haben die Weisheit mit Löffeln gefressen. Wir sind das Orakel, das niemals irrt. Wir wissen, was ist, was ist und sein wird. Selbst das Richtige wird von uns berichtigt. Und der Zweifel mit sanfter Gewalt beschwichtigt. Wir setzen auf jedes i den Punkt. Was wir wollen, wird gedrahrt und gefunkt. Wissenschaft, Forschung — woher? Wir sind autoritär.

Eines Tages freilich, ja, Sind wir plötzlich nicht mehr da. Und irgendein Necker kommt her: „Jetzt bin ich autoritär.“

Jonathan